

Zeitschrift: Scharotl / Radgenossenschaft der Landstrasse
Herausgeber: Radgenossenschaft der Landstrasse ; Verein Scharotl
Band: 24 (1999)
Heft: 1

Rubrik: Pressespiegel

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Noch keine Lösung in Sicht

Kanton sucht im Misox nach Standplatz für Fahrende aus dem Ausland

Bündner Zeitung Chur, 18.2.99 Fahrende aus dem Ausland machen auf ihrer Durchreise durch die Schweiz seit Jahren regelmässig halt in San Vittore, meist auf einem Gelände an der Nationalstrasse A 13. Vergangenen Sommer aber nahm eine Gruppe von rund 300 Erwachsenen das Naherholungsgebiet der Gemeinde in Beschlag und brachte damit die Volksseele zum Kochen. Dies vor allem darum, weil die Fahrenden angeblich die von der Gemeinde aufgestellten Toiletten nicht benutzen wollten. Den Abfall hätten die Fahrenden im Gelände deponiert und nicht in bereitgestellten Containern, beschwerten sich Einwohner.

Petition lanciert

Der Unmut der Bevölkerung führte schliesslich zur Gründung eines "Komitees zur Verteidigung und zum Schutz des Gemeindegebiets". Mit einer Petition, die von über 300 Personen unterzeichnet worden war, forderte das Komitee vergangenen Herbst die Kantonspolizei auf, künftig gegen die Fahrenden zu intervenieren, sollten diese die Absicht haben, in San Vittore für einige Tage Station zu machen. Die Petitionäre schlugen recht kämpferische Töne an. Sie machten deutlich, dass sie die Fahrenden nicht mehr auf Gemeindegebiet von San Vittore dulden würden. Aus ihren Äusserungen ging auch hervor, dass sie sich, sollte die Polizei untätig bleiben, legitimiert sähen, selber gegen die Fahrenden vorzugehen. Seitens des Kantons wurde mehrfach die Absicht bekräftigt, man wolle gemeinsam mit der Gemeinde versuchen, die Fahrenden

in die Schranken zu weisen. Im Klartext: Kanton und Gemeinde suchten seit vergangenem Herbst nach Möglichkeiten, den Fahrenden auch in Zukunft einen Aufenthalt im Misox zu ermöglichen. Dabei sollten die von den Behörden als berechtigt anerkannten Interessen und Anliegen der Bevölkerung berücksichtigt werden.

Keine Lösung gefunden

Anfang Monat fand im Misox nun eine weitere Aussprache zwischen Vertretern des Kantons und den Petitionären statt. Die im Tal erscheinende Wochenzeitung "La voce delle valli" verkündete daraufhin, man habe eine Lösung gefunden. Dies scheint vorläufig aber nur Wunschdenken zu sein. Wie Martin Accola, Chef der Bündner Kriminalpolizei, auf Anfrage sagt, konnte eine langfristige Lösung des Problems noch nicht gefunden werden. Der Kanton habe den Petitionären lediglich signalisiert, dass er bereit sei, die Mitfinanzierung von Massnahmen zur Sperrung der Zufahrtswege zum Naherholungsgebiet zu prüfen. Man erwarte nun von der Gemeinde ein Konzept, wie die Zufahrten befestigt werden könnten, um sie bei Bedarf zu sperren.

In Zusammenarbeit mit den Gemeinden und der Regionalorganisation Ormo, aber auch mit dem Nachbarkanton Tessin soll nochmals nach einem geeigneten Standplatz Ausschau gehalten werden. In San Vittore sei die Geduld der Bevölkerung erschöpft, hier könnte die Situation gar eskalieren, befürchtet Accola. Und auch von den übrigen Gemeinden sei bisher keine bereit, zu einer Lösung Hand zu bieten.

Pressespiegel

Fahrende nicht willkommen

Freiburger Gemeinden tun sich schwer, Fahrende aufzunehmen.

**Freiburger
Nachrichten**

Freiburg, 17.2.99

Bereits im Budget 1998 hatte der Staatsrat einen Betrag für eine Empfangsstelle für Fahrende vorgesehen, doch bislang konnte nichts Konkretes verwirklicht werden. Deshalb hat der CVP-Grossrat Jean Bourgknecht anlässlich der Fragestunde in der Februar-Session seine Bedenken angemeldet, zumal es nicht mehr lange gehen werde, bis die ersten Fahrenden im Kanton halmachen.

In seiner Antwort bekräftigte der Baudirektor Claude Lässer, dass sich der Staat redlich bemühe, einen Platz zu finden. Er musste aber feststellen, dass sich die Gemeinden sehr widersprüchlich verhalten: "Sie sind sich des Problems bewusst und rufen den Staat zu Hilfe. Wenn aber ein Platz auf ihrer Gemeinde in Frage kommt, so haben sie tausend Gründe, nicht auf die Anfrage des Staates einzutreten. Die Vorschläge des Staates werden jeweils als interessant betrachtet, dann aber mit Gründen, die jeder Gemeinde eigen sind, höflich abgewiesen", führte Lässer im Grossen Rat aus.

Er appellierte an die Grossräte selber, bei ihren Gemeinden ein gutes Wort einzulegen, denn ohne guten Willen der Gemeinden sei auch der Staat machtlos. Er rief dabei in Erinnerung, dass auch die Gemeinden in dieser Frage ihre Verantwortung wahrnehmen müssen. "Der Staat wird aber seine Bemühungen fortsetzen, und sobald eine Gemeinde ihre Unterstützung manifestiert, könnte ein solcher Platz - unter Vorbehalt der juristischen Verfahren - schnell verwirklicht werden", erklärte der Baudirektor dem Grossen Rat.

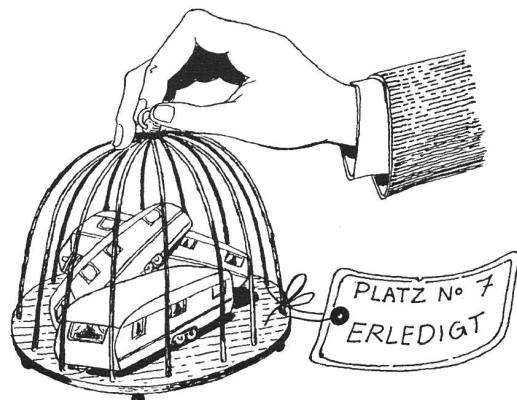
Platz für Fahrende in Liestal

Voraussetzungen geschaffen für Durchgangsplatz im Gräubern

Basler Zeitung **Liestal, 29.1.1999**

Viel zu reden gaben im Stadtparlament Liestal die Pläne für einen Durchgangsplatz für Fahrende. Im Gräubern-Gebiet am südlichen Siedlungsrand zwischen den Familiengärten Gräubern und dem Wald soll eine Fläche von rund 1500 Quadratmetern einer neuen "Spezialzone für Fahrende" zugewiesen werden. Die FDP-Fraktion meldete indes bei der ersten Lesung Bedenken an. Liestal werde sich mit diesem Durchgangsplatz "neue Probleme und Kosten aufladen", meinte Fraktionssprecher Hans Brodbeck.

Dabei reichten die Mittel der Stadt kaum mehr aus, um die Bedürfnisse der "eigenen Bevölkerung" zu decken. "Die Fahrenden gehören zu unserer Bevölkerung", entgegnete Stadtrat Heiner Karrer. Von verschiedener Seite wurde darauf hingewiesen, dass die Fahrenden gemäss Verfassung ein Recht auf solche Standplätze hätten. Wie Karrer weiter festhielt, will die Stadt für die Benützung des Platzes Gebühren erheben, mit denen auch ein Teil der Investitionskosten gedeckt werden kann. Die Schaffung der Spezialzone für Fahrende wurde schliesslich mit grossem Mehr gutgeheissen.



Fondsleitung unter Beschuss

Roma werfen der Holocaust-Fondsleitung in Bern naives Vorgehen vor.

Der BUND

Bei der Angelegenheit handle es sich nicht um einen Streit unter Roma, wie dies der Spezialfonds behauptet habe, sagte der Sprecher des Roma National Congress (RNC), Rudko Kawczynski. In Polen wie auch in anderen osteuropäischen Ländern seien Roma tatsächlich von Partnerorganisationen des Schweizer Spezialfonds zugunsten bedürftiger Opfer des Holocaust/Shoa um ihr Geld betrogen worden. Die Überprüfung der Quittungen, die der Fonds durch die Revisionsgesellschaft Atag Ernst & Young habe vornehmen lassen, reiche nicht. "Die Quittungen können gefälscht sein", sagte der Sprecher des RNC. In Osteuropa entwickle man in solchen Dingen eine grosse Phantasie. Dem Spezialfonds warf Kawczynski naives Vorgehen vor. Das Geld hätte direkt an die bedürftigen Opfer überwiesen werden sollen. "Die aktuelle Praxis der Geldvergabe führt zwangsläufig zu Korruption", sagte der Sprecher. Die Opfer würden zu Bittstellern degradiert, die den "Partnern" des Schweizer Fonds auf Gedeih und Verderb ausgeliefert seien.

In eigener Sache:

Auch die Radgenossenschaft, die als Partnerorganisation Anträge für bedürftige Opfer von Holocaust/Shoa bearbeitet, wurde von der Kontrollstelle ATAG Ernst & Young überprüft. Hier ihr Bericht.

"Wir haben unsere Durchsicht der Aktenanlage und des Verteilprozesses betreffend den bedürftigen Opfergruppen Sinti, Jenische und Roma abgeschlossen. Wie wir Ihnen bereits mitgeteilt haben, geht unser Bericht direkt an den Schweizer Fonds. Wir

Der RNC hatte im Januar in Bern Anzeige gegen Unbekannt wegen Betrugs erstattet. Die Roma-Vertreter wiederholten am Dienstag die bereits damals erhobenen Vorwürfe, wonach in Polen 200 Roma nicht wie bewilligt je 1500 Franken, sondern nur je 1500 Zloty im Gegenwert von rund 600 Franken ausbezahlt worden seien. 29 Betroffene hatten die zuständige polnische Partnerorganisation des Schweizer Fonds angezeigt, weitere Opfer hätten sich nach Drohungen nicht getraut, Klage einzureichen. Deren Leiter, Roman Kwiatkowski, beschuldigte der RNC zudem, einen Schlägertrupp geleitet zu haben, der das polnische RNC-Büro nach dem Gang an die Öffentlichkeit im Januar überfallen habe. Auch seien Morddrohungen an die RNC eingegangen. Aber auch in anderen Ländern Osteuropas und in Schweden sei es zu ähnlich gelagerten Beträgereien gekommen. Der RNC forderte, dass der Spezialfonds Hinweisen über Unregelmäßigkeiten direkt mit den Betroffenen nachgehe. Zudem sollten die Antragsteller die Gelder direkt erhalten. Auch wurde die Überprüfung der Partnerorganisationen gefordert.

können Ihnen aber bestätigen, dass unser Bericht sehr positiv in Bezug auf Handhabung, Dokumentation und Entscheidungsfindung ausfällt. Wir fanden alle gesuchten Unterlagen geordnet beim jeweiligen Antrag. Der Geldfluss war ebenfalls korrekt. Zu dem von Ihnen entwickelten System haben wir keine Verbesserungsvorschläge.

Wir danken Ihnen sehr für die gute Zusammenarbeit, Ihre Bereitschaft, uns zu unterstützen, die gewissenhafte Bearbeitung der einzelnen Fälle und die uns zur Verfügung gestellte Zeit."